



Protokollauszug

aus der
24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 02.11.2016

öffentlich

**Top 8.19 Schulsozialarbeit an allen öffentlichen Potsdamer Schulen
16/SVV/0561
geändert beschlossen**

Die **Ausschüsse für Finanzen, Bildung und Sport** sowie der **Jugendhilfeausschuss (ff)** empfehlen, dem Antrag in der neuen Fassung vom 07.09.2016 **zuzustimmen**.

Diese neue Fassung des Antrags wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 2017 den Ausbau der Schulsozialarbeit an öffentlichen Potsdamer Schulen zu forcieren und das Konzept Schule-Jugendhilfe weiter umzusetzen.

Um das bis 2023 erfolgreich abzuschließen, müssen die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Der nächste Schritt über die jetzt 15 Stellen hinaus soll mit dem Schuljahresbeginn 2017/18 erfolgen, die weiteren müssen in der Mittelfristplanung ihren Niederschlag finden. Zudem ist zu überprüfen, wie das Konzept mit den noch zu entwickelnden Schulstandorten abgeglichen werden kann (Räumlichkeiten für Schulsozialarbeit). Das kommunale Förderprogramm PLUS soll finanziell untersetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Rahmen der Haushaltseinbringung über die Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.



BESCHLUSS
der 24. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 02.11.2016

Schulsozialarbeit an allen öffentlichen Potsdamer Schulen
Vorlage: 16/SVV/0561

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 2017 den Ausbau der Schulsozialarbeit an öffentlichen Potsdamer Schulen zu forcieren und das Konzept Schule-Jugendhilfe weiter umzusetzen.

Um das bis 2023 erfolgreich abzuschließen, müssen die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Der nächste Schritt über die jetzt 15 Stellen hinaus soll mit dem Schuljahresbeginn 2017/18 erfolgen, die weiteren müssen in der Mittelfristplanung ihren Niederschlag finden. Zudem ist zu überprüfen, wie das Konzept mit den noch zu entwickelnden Schulstandorten abgeglichen werden kann (Räumlichkeiten für Schulsozialarbeit).

Das kommunale Förderprogramm PLUS soll finanziell untersetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Rahmen der Haushaltseinbringung über die Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird 1 Seite beigelegt.

Potsdam, den 07. November 2016

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel